

**Auf der Tagung der Antifaschistischen Nachrichten am 13. März in Köln berichtete Ulla Jelpke, MdB DIE LINKE und Mitherausgeberin dieser Zeitung, zu diesem Thema aus dem Bundestag und setzte sich auch mit der Landesregierung NRW auseinander. Wir dokumentieren ihren Beitrag.**

Noch 2001 haben alle im Bundestag vertretenen Parteien gemeinsam beschlossen, stärker gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und Gewalt vorgehen zu wollen. Ergebnis waren unter anderem die „Programme für Vielfalt und Toleranz“, die Modellprojekte beim Kampf gegen Rechtsextremismus unterstützt haben. Die neue schwarz-gelbe Bundesregierung will mit dieser Linie zugunsten von „Extremismus-Bekämpfungsprogrammen“ brechen. In der Koalitionsvereinbarung zum Regierungsprogramm heißt es dazu:

*„Extremismen jeder Art, seien es Links- oder Rechtsextremismus, Antisemitismus oder Islamismus, treten wir entschlossen entgegen. [...] Die Aufgabenfelder des Fonds für Opfer rechtsextremistischer Gewalt sowie des Bündnisses für Demokratie und Toleranz sollen auf jede Form extremistischer Gewalt ausgeweitet werden.“*

Und an anderer Stelle:

*„Fortführung der vom Bund geförderten Programme gegen Rechtsextremismus als ‚Extremismusbekämpfungsprogramme‘ unter Berücksichtigung der Bekämpfung linksextremistischer und islamistischer Bestrebungen sowie die Erstellung eines Jahresberichts der Bundesregierung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.“*

Und in diesem Zusammenhang weiter: *„Um der Verklärung der SED-Diktatur entgegenzuwirken, wird die Bundesregierung ihre Maßnahmen zur geschichtlichen Aufarbeitung verstärken. Dazu sollen zählen: die Einrichtung eines Arbeitsschwerpunkts ‚Aufarbeitung der SED-Diktatur‘ bei der Bundeszentrale für politische Bildung, die Prüfung der Errichtung einer Jugend- und Begegnungsstätte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur sowie der Schaffung eines koordinierenden Zeitzeugenbüros unter Beteiligung der durch den Bund getragenen oder finanzierten Institutionen.“*

Diese inhaltliche Verschiebung geht nicht von einer realen Gefahrenanalyse aus, sondern ist rein ideologisch motiviert.

Nach wie vor wird niemand bestreiten können, dass die neofaschistische Rechte in zahlreichen Regionen des Landes eine reale und alltägliche Bedrohung für zahlreiche Menschen darstellt. 140 Tote und ungezählte Verletzte durch rechte und rassistisch motivierte Gewalt seit 1990 sprechen eine deutliche Sprache.

# Links – Rechts

## Merkel-Regierung setzt Ungleiches gleich!

Die vorläufigen Zahlen für 2009 zeigen einen Anstieg rechter Gewalt. Insgesamt mehr als 16.000 rechts motivierte Straftaten, darunter 768 Gewalttaten wurden bislang registriert. Der Präsident des Bundeskriminalamts Jörg Ziercke geht von einer erwarteten Gesamtzahl von 20.000 rechten Delikten aus. Nach den vorläufigen Zahlen wurden im letzten Jahr mindestens 658 Menschen verletzt und die Ägypterin Marwa El-Sherbinie von einem Islamhasser im Gerichtssaal in Dresden erstochen.

Dagegen wird von der Springerpresse und rechten Politikern das Gespenst „linksradikaler Gewalt“ und „linken Terrors“ herbeigeredet – und geschrieben. Als „Beweise“ angeführt werden vor allem 300 innerhalb eines Jahres in Berlin verbrannte Autos, obwohl bislang kaum Tatverdächtige (oder gar überführte Täter) ermittelt wurden und auch die Behörden nur von einer Minderheit politisch motivierter Brandanschläge ausgehen. Gerne wird auch auf Krawalle am 1. Mai in Berlin verwiesen. Die „Landeskommission Berlin gegen Gewalt“ hatte dazu im vergangenen Jahr eine aus Landesmitteln finanzierte Studie am Lehrstuhl für Kriminologie und Strafrecht an der Freien Universität Berlin in Auftrag gegeben, deren Ergebnis im Februar 2010 vorgelegt wurde. Das zentrale Ergebnis der Studie lautet: die Gewalt am 1. Mai in Berlin war überwiegend nicht politisch motiviert. Vielmehr spielte Alkohol eine große Rolle. Die Straftaten richteten sich fast ausschließlich gegen Polizisten, deren Vorgehen in vielen Befragungen als „unverhältnismäßig und bedrohlich“ wahrgenommen worden sei. Ein Anstieg linker Gewalt lässt sich mit dieser Studie nicht beweisen.

Aber um Wissenschaftlichkeit geht es ja gar nicht. Die Keule mit der „linken Gewalt“ zielt ebenso wie die Stasi-Keule darauf, jede antikapitalistische oder auch nur anti-neoliberale Kritik und gar sozialistisches Gedankengut als „extremistisch“ zu brandmarken und so aus dem legalen politischen Diskurs auszuschließen.

Grundlage hierfür ist der Extremismusansatz, den ich hier kurz vorstellen möchte. Es handelt sich bei diesem Ansatz um keine begründete, wissenschaftliche Definition oder Analyse verschiedener politischer Ausrichtungen, sondern letztlich um ein politisches Kampfinstrument, mit dessen Hilfe eine Gleichsetzung völlig gegensätzlicher politischer Richtungen vorgenommen wird. So findet sich dieser Ansatz vor allem im Bereich der staatlichen und administrativen



Auseinandersetzung mit politisch abweichenden Meinungen (Parlamente, Polizei, Verfassungsschutz, Gerichte).

In der politischen Auseinandersetzung hat die Verwendung des Extremismusbegriffs mindestens drei Funktionen: Er soll (1.) die inhaltlichen Unterschiede zwischen der radikalen Linken und einer extremen Rechten nivellieren und somit die Linke durch die begriffliche Gleichsetzung mit der extremen Rechten diskreditieren; er soll (2.) die politische Mitte unabhängig von den hier vertretenen Inhalten legitimieren und alle Abweichungen von dieser Mitte unter den Verdacht des „Extremismus“ stellen; dadurch definiert der Extremismusbegriff (3.) einen legalen politischen Raum (die Mitte) und stellt alle abweichenden politischen Vorstellungen unter den Verdacht der Verfassungsfeindlichkeit. Diese Definition der legitimen Mitte erfolgt jedoch nicht inhaltlich, etwa entlang den Grundwerten der Verfassung, sondern rein formal, d.h. gemäß dem Bekenntnis zur freiheitlich demokratischen Grundordnung, zu der nach herrschender Auffassung auch das kapitalistische Wirtschaftssystem der Bundesrepublik gehört.

Der Extremismusansatz soll von den in der Mitte der Gesellschaft anzutreffenden fremdenfeindlichen, antidemokratischen oder autoritätsfixierten Einstellungen ablenken und die inhaltliche Nähe mancher Positionen der bürgerlichen Mitte zu neofaschistischem Gedankengut vertuschen. Zugleich geht es um die Verunglimpfung jeder linken Kritik an der bestehenden kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung.

Theoretisch basiert der Extremismusbegriff auf der sehr viel älteren schon in den 1920 Jahren entstandenen Totalitarismustheorie, die in ihrer klassischen Ausprägung eine Gleichsetzung der politi-

schen Systeme des Kommunismus und Faschismus vornahm. In der Bundesrepublik gilt bis heute der Antitotalitarismus (und eben nicht der Antifaschismus) als Gründungskonsens seit 1949. Die beiden wohl führenden Vertreter des Extremismusansatzes in der Bundesrepublik, Uwe Backes und Eckhard Jesse, definieren den Begriff folgendermaßen: *„Der Begriff des politischen Extremismus soll als Sammelbezeichnung für unterschiedliche politische Gesinnungen und Bestrebungen fungieren, die sich in der Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates und seiner fundamentalen Werte und Spielregeln einig wissen, sei es, dass das Prinzip menschlicher Fundamentalgleichheit negiert (Rechtsextremismus), sei es, dass der Gleichheitsgrundsatz auf alle Lebensbereiche ausgedehnt wird und die Idee der individuellen Freiheit überlagert (Kommunismus), sei es, dass jede Form von Staatlichkeit als ‚repressiv‘ gilt (Anarchismus).“*

Wichtigstes Merkmal ist hier die Ablehnung der Werte und Normen des demokratischen Verfassungsstaates. Weiterhin nennen Backes/Jesse Merkmale des

Extremismus, die sie in einer allen extremistischen Kräften gemeinsamen Denkstruktur sehen: *„Alle extremistischen Doktrinen erheben auf die eine oder andere Weise den Anspruch auf exklusiven Zugang zur historisch-politischen Wahrheit – gleichgültig ob man sich auf die Gesetze der Natur oder der Vernunft beruft.“* Diese inhaltliche Gleichsetzung wird noch um einen Punkt weitergetrieben: *„Ihr strategisches Waffenarsenal ist weitgehend austauschbar: kein Mittel der extremen Linken, das nicht auch bereits von der extremen Rechten angewendet worden wäre – und umgekehrt.“*

Somit erscheint rechter und linker Extremismus in der Wahl seines Gegners (liberaler Verfassungsstaat), der Wahl seiner Mittel und in seiner Agitationsstruktur als gleich. Erübrigt hat sich mit dieser Definition jede weitere inhaltliche Dimension. Entscheidend ist nicht das Wofür sondern das Wogegen, womit die politische Mitte, der liberale Verfassungsstaat, zum einzigen Maßstab wird, jedoch nicht inhaltlich, sondern rein auf die Form bezogen. Nicht die Inhalte, sondern das formale Bekenntnis zum liberalen Verfassungsstaat, sind das Kriterium. Egal welche inhaltliche Veränderung dieser Verfassungsstaat z. B. im Rahmen der aktuellen Sicherheitsdebatte nehmen wird, an seiner Definition und am Selbstverständnis als liberaler Verfassungsstaat wird

sich nichts ändern. Mit der unzulässigen Gleichsetzung von rechts und links durch den Terminus „Extremismus“ werden die fundamentalen Unterschiede zwischen rechts (= Ungleichheit, Hierarchie, Nationalismus, Rassismus) und links (= Gleichheit, Solidarität, Internationalismus, Klassenanalyse) nivelliert.

Leider fallen auch immer wieder Politikerinnen und Politiker der Partei DIE LINKE auf den Extremismusansatz herein, wenn sie gemeinsam mit anderen



Postkartenkampagne der CDU-Fraktion des Berliner Abgeordnetenhauses gegen den angeblichen linken Terror in Berlin

Fraktionen Aufrufe „gegen jeden Extremismus“ unterzeichnen. Oft geschieht dies im guten Glauben, so ein Zeichen gegen Neofaschismus zu setzen. Doch übersehen wird, dass DIE LINKE in mehreren Bundesländern ebenfalls vom Verfassungsschutz als „extremistisch“ überwacht wird – ebenso wie viele ihrer antifaschistischen Bündnispartner.

Mit der neuen Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (geb. Köhler) ist jetzt eine Politikerin für die Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus zuständig, die schon lange als fanatische Anhängerin des Extremismusansatzes auftrat.

Schon im letzten Bundestag trat Frau Köhler als selbsternannte „Expertin“ der CDU-Fraktion für Islam, Extremismus und Integration auf.

Wissenschaftliche Texte der „Expertin“ liegen – abgesehen von ihrer laut Presseberichten unter tatkräftiger Hilfe eines wissenschaftlichen Mitarbeiters und der CDU entstandenen Doktorarbeit zu Wertvorstellungen von CDU-Bundestagsabgeordneten und CDU-Mitgliedern sowie einer Rezension im Jahrbuch der Extremismusforscher Eckehard Jesse und Uwe Backes – keine vor. Doch mit der Wissenschaftlichkeit nimmt es die „Expertin“ offenbar eh nicht so genau. Sie verlässt sich dabei nicht auf Statistiken, sondern auf ihr rechtes Bauchgefühl.

Im hessischen Landtagswahlkampf 2008 beklagte sie in der Sendung Panorama des ARD eine Zunahme „deutschenfeindlicher Gewalt“ von Ausländern und berief sich dabei auf eine Studie des Kriminologen Christian Pfeiffer. Dieser stellte anschließend klar, dass es gar keine Studie mit einem solchen Ergebnis gäbe.

Das Weltbild der Familienministerin speist sich aus ihren Lieblingsideologien und Stichwortgebern, den „Extremismusforschern“ Uwe Backes und Eckehard

Jesse aus Sachsen. Mit diesen teilt sie die Einschätzung: Linksextremisten unterscheiden sich nicht so sehr von Rechtsextremisten. Linksextremisten finden sich bereits am linken Rand der SPD. Rechtsextremisten finden sich dagegen nie am rechten Rand der Unionsparteien.

Entsprechend blind ist Frau Schröder gegenüber rechten Umtrieben gerade ihrer hessischen CDU und Jungen Union, die immer wieder als regelrechtes Scharnier zwischen Konservatismus und Neofaschismus fungieren. Erinnerung sei nur an Alfred Dregger oder an die antisemitische

Hetze des Abgeordneten Martin Hohmann aus Fulda, der zwar dann aus der CDU austrat, aber grade in Hessen viel Beifall von der Parteibasis bekommen hatte.

Erst 2009 löschte Frau Köhler auf ihrer Website Links zu wohlwollenden Artikeln aus der Rechtsaußen-Postille Junge Freiheit und dem rassistischen Islamhaserportal Politically Incorrect.

Es ist nicht zu viel gesagt, die Bundesfamilienministerin als eine Vertreterin der Neuen Rechten zu bezeichnen. Also eine Vertreterin derjenigen Strömung, die sich um eine rechte kulturelle Hegemonie bemüht und dazu den wissenschaftlichen, medialen und politischen Apparat unterwandert. Die Vertreter der Neuen Rechten fungieren mit ihrem intellektuellem Anspruch als Weißwäscher des braunen Sumpfes, die neofaschistische und ultrarechte Diskurse Mainstream-tauglich machen. Die Neue Rechte strebt insbesondere eine Deutungshoheit zum Thema Rechtsextremismus an.

Schon im Januar hat die Familienministerin zwei Millionen Euro für Pilotprojekte gegen „Linksextremismus“ und Islamismus locker gemacht. Ende des Jahres kommen dann die auslaufenden Projekte gegen Rechtsextremismus insgesamt wie angedroht auf den Prüfstand und sollen in allgemeine Anti-Extremismusprojekte umgewandelt werden.

Trotz seines Namens förderte das im Jahr 2000 während des „Aufstandes der Anständigen“ vom Bundesinnenministerium und dem Justizministerium gegründete „Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt“ bislang Projekte, die sich im weitesten Sinn gegen Neofaschismus, Rassismus und Antisemitismus richteten.

Nun wird auch das Bündnis, dessen Beirat außer beispielsweise mir oder Monika Lazar von den Grünen auch Totalitarismusforscher Uwe Backes und eben Kristina Schröder angehören, auf die neue Linie gegen jeden Extremismus eingeschworen. Im Internetauftritt des Bündnisses heißt es dazu: „In den für das BfDT neuen Bereichen Aktivitäten gegen den Linksextremismus und den Islamismus wird das BfDT zunächst in einer explorativen Phase die existierenden zivilgesellschaftlichen Handlungsansätze identifizieren. Anschließend wird das Bündnis aktiv auf für eine Kooperation geeignete Partner aus diesen Bereichen zugehen, um eine möglichst praxisorientierte Zusammenarbeit zu initiieren.“

Problematisch dürfte es allerdings werden, entsprechende zivilgesellschaftliche Initiativen gegen Linksextremismus auffindig zu machen. Es sei denn, neonazistische Kameradschaften gründen mal eben Bürgerstammtische gegen die kommunistische Gefahr, um in den Genuss staatlicher Fördermittel zu kommen. Aber es gibt natürlich schon jetzt eine ganze Reihe von Initiativen, die sich aus strikt antikommunistischer Sicht mit der Aufarbeitung der so genannten SED-Diktatur beschäftigen und bald in den Genuss eines erweiterten Geldsegens kommen dürften.

Frau Schröder hat angekündigt, alle bisherigen vom Bund unterstützten Projekte gegen Rechtsextremismus vom Verfassungsschutz überprüfen zu lassen. Es handelt sich dabei wohlgerne um Projekte, wie die Mobilen Beratungsteams gegen Rechts oder das Netzwerk Opferperspektive, die unter der SPD-Grünen-Regierung oder unter der Großen Koalition entstanden waren oder gefördert wurden. Anti-Antifaschismus ist jetzt offiziell Regierungsprogramm geworden.

Doch werfen wir noch einen kurzen Blick nach NRW. Bislang tat sich der Verfassungsschutz NRW dadurch hervor, dass er auch einige rechte Grauzonen beleuchtete, die die Bundesregierung geflissentlich ignoriert. Jahrelang war die Junge Freiheit – das führende Organ der Neuen Rechten – im NRW-Verfassungsschutzbericht, bis die Zeitung erfolgreich dagegen vor Gericht klagte. Und nach wie vor stehen die rassistische Vereinigung Pro Köln und ihre landesweite Ausdehnung Pro NRW im Fokus der NRW-Innenbehörden. Das ist insofern bemerkenswert, als dass Pro NRW in vielem an Debatten und Gesinnungen anknüpft, die

auch am rechten Rand der Union und FDP geführt werden.

Doch auch die NRW-Landesregierung ist nicht immun gegen den Extremismusansatz. Bestes Beispiel ist die vom NRW-Verfassungsschutz herausgegebene und mit einem Vorwort von Innenminister Ingo Wolf versehene Comix-Serie Andi, mit der Kinder und Jugendliche über „Extremismus“ aufgeklärt werden sollen. Comix-Held Andi und seine Freunde bekommen es da hintereinander mit allen drei „Extremisten“ zu tun. Ging es im ersten Heft noch um die Auseinandersetzung mit Neofaschisten, so geriet im zweiten Heft ein Freund Andis in die Fänge eines islamistischen „Hasspredigers“. Im kürzlich erschienenen dritten Andi-Heft landet einer von Andis Freunden bei den Autonomen. Was mit Punkmusik in einem linken Zentrum anfängt, führt über harmlose Graffitis unweigerlich zu brennenden Autos, so die Botschaft. Und hier taucht auch wieder Neonazi Eisenheinrich aus Heft 1 auf. Nur ist der inzwischen kein Skinhead mehr, sondern schwarz gekleideter Autonomer Nationalist. „Die reden voll den gleichen Quark“ ... „Und aussehen tun sie auch gleich“ ... „Aber hassan tun sie sich wie die Pest“, stellen Andi und seine Freunde erstaunt fest, als Eisenheinrich und linke Autonome aufeinander treffen.

Der Extremismusansatz samt seiner Terminologie kann kein positiver Anknüpfungspunkt für Antifaschisten und Linke sein. Der damit transportierte Inhalt immunisiert den liberalen Verfassungsstaat vor jeglicher Kritik, verschiebt das Problem der extremen Rechten auf den Randbereich des politischen Spektrums und leugnet die Wechselwirkung zwischen Diskursen der politischen Mitte und der Stärkung etwa der extremen Rechten, also den „Extremismus der Mitte“.

Mit der unzulässigen Gleichsetzung von rechts und links durch den Terminus „Extremismus“ werden die fundamenta-

len Unterschiede zwischen rechts – also Ungleichheit, Hierarchie, Nationalismus, Rassismus – und links – also Gleichheit, Solidarität, Internationalismus, Klassenanalyse – nivelliert. Wie gezeigt abstrahiert der Extremismusansatz von jeder inhaltlichen Bestimmung seines Gegenstandes. Für uns ist es deshalb entscheidend, immer wieder die Inhalte der extremen Rechten als Begründung für unseren Kampf gegen rechts hervorzuheben: Rassismus, Antisemitismus, Nationalismus und NS-Verherrlichung – dass sind die Gründe für Maßnahmen gegen die extreme Rechte, nicht ihre formale Nähe oder Ferne zum liberalen Verfassungsstaat. Mit unserem Verständnis der bürgerlichen Freiheitsrechte und der sozialen Grundrechte, wie sie sich aus der Verfassung ergeben, sollten wir offensiv den Vorwurf des Extremismus zurückweisen und ihn vielmehr gegen die wenden, die diese Rechte täglich mit ihrer Politik verletzen. Entscheidend ist dabei der Hinweis, dass das Grundgesetz keine Wirtschaftsverfassung vorschreibt, der Kapitalismus somit nicht zum Kernbestand der Verfassung gehört und demnach Antikapitalismus nicht unter Extremismusverdacht gestellt werden kann.

Während angesichts des nun geradezu zum Regierungsprogramm ernannten Anti-Antifaschismus kaum mit einem wirklichen staatlichen Vorgehen gegen den Neofaschismus zu rechnen ist, haben weit über Zehntausend Antifaschistinnen und Antifaschisten am 13. Februar in Dresden gezeigt, wie sich die Nazis stoppen lassen. Mit Massenblockaden wurden rund 5000 Neofaschisten an ihrem alljährlichen Marsch gehindert und mussten unverrichteter Dinge abziehen. An diesen Erfolg gilt es anzuknüpfen – auch wenn Extremismusforscher Eckhard Jesse anschließend in bewährter Weise die Verhinderung des Nazimarsches zur „Niederlage für den Rechtsstaat“ umdeutete und suggerierte, dass die Blockierer gewalttätig seien. ■

### **Josef „Jupp“ Angenfort, der Ehrenvorsitzende der VVN-BdA NRW starb am 13. März in Düsseldorf im Alter von 86 Jahren**

„Wir haben einen guten, mutigen Menschen verloren. Von der katholischen Jugend zum Nationalkomitee Freies Deutschland, vom Lehrer an der Antifaschule zum FDJler, Gewerkschafter und Kommunisten, vom Landtag in Düsseldorf in den fünf Jahre währenden Adenauer-Knast und dann zum linken Aktivist und unermüdlichen antifaschistischen Mahner. So bleibt er uns in Erinnerung.“ schreibt die VVN-BdA zum Tod von Jupp. „Wir wollen sein Vermächtnis erfüllen: „Nach der Selbstbefreiung im April 1945 erhoben die befreiten Häftlinge des KZ Buchenwald auf dem Appellplatz die Hand zum Schwur: Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel. Aber der Nazismus wurde nicht mit seinen Wurzeln ausgerottet. Hitlers Schatten und die Macht eines neuen Militarismus verdunkeln unsere Gegenwart und Zukunft, wenn wir nicht auch diesen Satz des Schwurs von Buchenwald beherzigen: Wir stellen den Kampf erst ein, wenn auch der letzte Schuldige vor den Richtern der Völker steht. Und wenn die Mörder nicht mehr leben, dann gilt es, die gesellschaftlichen Zustände anzuklagen, die Reaktion und Krieg immer wieder gebären. Das sind wir den Opfern des Faschismus schuldig. Das sind wir aber auch unseren Kindern und Enkelkindern schuldig, denen wir eine friedliche freundliche Welt bereiten wollen.“ (Jupp Angenfort zum 60. Gründungstag der VVN in Nordrhein-Westfalen.)

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes / Bund der Antifaschisten,  
Prof. Heinrich Fink für den Bundesausschuss, Traute und Ulrich Sander, Jochen Vogler für den Landes-  
ausschuss NRW, Jürgen Schuh für die Kreisvereinigung Düsseldorf

Die Trauerfeier findet statt am Dienstag, dem 30. März 2010, 12.00 Uhr, Kapelle des Stoffeler Friedhofs, Düsseldorf-Oberbilk, Bittweg 60 (Nähe UNI-Kliniken).